G-1-337 Vorsorge, Verlässlichkeit und gute Arbeit: Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu G-1

Nach Zeile 337 einfügen:

"Obdachlos" zum Fremdwort machen

Wohnen ist ein Menschenrecht und das Leben auf der Straße stellt per se ein enormes Gesundheitsrisiko dar. Deshalb wollen wir alle Menschen aus der Obdachlosigkeit holen und orientieren uns dabei an der Zielvorgabe der Europäischen Union, dies bis 2030 zu erreichen. Hierfür gilt es zuallererst Zwangsräumungen zu vermeiden und niemanden aus dem Krankenhaus oder Strafvollzug zu entlassen, ohne dass angemessener Wohnraum bereit steht. Wir müssen sozialarbeiterische Betreuung stärken und eine zielgruppengerechte Ansprache sicherstellen. Und wir dürfen niemandem aufgrund der Herkunft oder fehlender Papiere eine dauerhaft gesundheitssichernde medizinische Behandlung verweigern.

Im Hier und Jetzt hat die Pandemie gezeigt, dass Obdachlose oft nicht mitgedacht werden. Als besonders vulnerable Gruppe von häufig vorerkrankten Menschen benötigen sie besonderen Schutz und die Möglichkeit zur physischen Distanzierung. Eine Unterbringung in Not- und Sammelunterkünften darf deshalb kein Dauerzustand sein. Die allmorgendliche Retraumatisierung durch künstliche Trennung von Schlaf- und Tagesangeboten ist zu beenden. Wir setzen stattdessen auf das Angebot von Wohnraum ohne Vorbedingungen nach dem Housing First-Konzept.

Begründung

Obdachlose wurden nicht nur in dieser Pandemie oft vergessen. In einem Gesundheitssystem der Zukunft müssen wir sie aber mitdenken, auch wenn es unser Ziel ist, entsprechend der EU-Zielvorgabe Obdachlosigkeit abzuschaffen. Obdachlose sind eine der vulnerabelsten Gruppen und oft schwer vorerkrankt. Ihnen Zugang zum Gesundheitssystem zu geben sowie eine würdevolle und gesundheitlich unbedenkliche, dauerhafte Unterkunft ist nicht nur im Sinne von Artikel 1 GG nötig, sondern auch die nötige Umsetzung der Europäischen Sozialcharta, von Artikel 25 der UN-Menschenrechtskonvention und Artikel 11 des UN-Sozialpaktes.

Unterstützer*innen

Sven Lehmann (KV Köln); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Harald Wölter (KV Münster); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Anna Kipp (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Andreas Franco (KV Köln); Astrid Offer (KV Köln); Frank Merx (KV Borken); Phil Küppersbusch (KV Wesel); Mike Meisel (KV Kleve); Mirco Szymyslik (KV Herne); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Antje Westhues (KV Bochum); Eva Malecha-Konietz (KV Krefeld); Luisa Schwab (KV Köln); Nils Behler (KV Dortmund); Heike Marré (KV Düren); Werner Jülke (KV Paderborn); Christian Cranz (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Eike Danke (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Richard Konietz (KV Krefeld); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Melanie Penalosa-Diehm (KV Aachen); Karsten Ludwig (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Janine Ivanćić (KV Aachen); Hartmut Malecha (KV Aachen); Marc Peters (KV Aachen); Fritz-Lothar Winkelhoch (KV Oberberg)